

Stellungnahme zum Antrag

die GRÜNEN-Gemeinderatsfraktion

Vorlage Nr.: **2022/2183**

Verantwortlich: **Dez. 3**

Dienststelle: **stja**

Öffentlichkeitsarbeit verstärken – Angebote gegen Kinderarmut besser bekannt machen

Gremium	Termin	TOP	ö	nö
Gemeinderat	15.11.2022	20	x	
Jugendhilfeausschuss	01.02.2023	7	x	

Kurzfassung

Der Jugendhilfeausschuss nimmt die Ausführungen zur Kenntnis.

Finanzielle Auswirkungen	Ja <input type="checkbox"/> Nein <input checked="" type="checkbox"/>			
<input type="checkbox"/> Investition <input type="checkbox"/> Konsumtive Maßnahme	Gesamtkosten: Jährliche/r Budgetbedarf/Folgekosten:		Gesamteinzahlung: Jährlicher Ertrag:	
Finanzierung <input type="checkbox"/> bereits vollständig budgetiert <input type="checkbox"/> teilweise budgetiert <input type="checkbox"/> nicht budgetiert	Gegenfinanzierung durch <input type="checkbox"/> Mehrerträge/-einzahlung <input type="checkbox"/> Wegfall bestehender Aufgaben <input type="checkbox"/> Umschichtung innerhalb des Dezernates		Die Gegenfinanzierung ist im Erläuterungsteil dargestellt.	
CO ₂ -Relevanz: Auswirkung auf den Klimaschutz Bei Ja: Begründung Optimierung (im Text ergänzende Erläuterungen)	Nein <input checked="" type="checkbox"/>	Ja <input type="checkbox"/>	positiv <input type="checkbox"/> negativ <input type="checkbox"/>	geringfügig <input type="checkbox"/> erheblich <input type="checkbox"/>
IQ-relevant	Nein <input checked="" type="checkbox"/>	Ja <input type="checkbox"/>	Korridortheema:	
Anhörung Ortschaftsrat (§ 70 Abs. 1 GemO)	Nein <input checked="" type="checkbox"/>	Ja <input type="checkbox"/>	durchgeführt am	
Abstimmung mit städtischen Gesellschaften	Nein <input checked="" type="checkbox"/>	Ja <input type="checkbox"/>	abgestimmt mit	

Ergänzende Erläuterungen

Zu 1. Die Verwaltung führt zusammen mit dem Stadtjugendausschuss e. V. - coronabedingt nachträglich - eine Informationskampagne zum 15.

Jahrestag der Einführung des Kinderpasses durch, um Angebote für von Armut betroffene Kinder verstärkt zu bewerben.

Die Informationskampagne „Ticket zum Mitmachen“ wird im kommenden Frühjahr durchgeführt. Unter anderem wird ein Erklär-Video über die Karlsruher Pässe im Vorprogramm der Kinos gezeigt.

2023 steht neben den „15 Jahren Karlsruher Kinderpass“ ein weiteres Jubiläum an: „10 Jahre Sozialregion“. Im Sommer wird es hierzu eine Veranstaltung geben.

Zu 2. Die Verwaltung erstellt Leitfäden für eine differenzierte Ansprache an verschiedene Zielgruppen einkommensschwacher Familien in Bezug auf die bestehenden Angebote der Teilhabeförderung.

Dies wird bereits umgesetzt, da ämterübergreifend verschiedene Zielgruppen in Bezug auf die Teilhabeförderung adäquat angesprochen werden. Beispielsweise werden in Zusammenarbeit mit dem Bereich Bildung und Teilhabe (BuT) sowie dem Schul- und Sportamt (SuS) gemeinsame Flyer in unterschiedlichen Sprachen erstellt.

Gemeinsam werden Elterninformationsveranstaltungen unter anderem auch für ausländische Eltern durchgeführt. Das Seniorenbüro verweist in seinen Broschüren auf den Karlsruher Pass. Die Anlaufstellen für Ukrainer*innen können das Informationsmaterial zum Karlsruher Pass / Kinderpass auf Ukrainisch ausgeben.

Zu 3. Die Verwaltung identifiziert die sozialen Einrichtungen, welche mit einkommensschwachen Familien in Kontakt sind und hält diese dazu an, auf Angebote für die Zielgruppe, wie z. B. den Kinderpass, regelmäßig hinzuweisen.

Durch eine enge Zusammenarbeit des Jugendbildungs- und Freizeitwerks (jfbw) mit vielen sozialen Einrichtungen erfolgt ein regelmäßiger Austausch und Informationsfluss. Im Rahmen der Karlsruher Hausbesuche wird über den eventuellen Leistungsanspruch auf den Karlsruher Pass und Karlsruher Kinderpass informiert.

Zu 4. Die Verwaltung setzt sich damit auseinander, ob gezielt weitere Informationsorte mit der persönlichen Vergabe von Flyern eingerichtet werden können, z.B. bei Ämtern, wie dem Ausländeramt oder dem Jobcenter Stadt Karlsruhe, in Kitas, Schulen, auf der Website des AniKa-Bündnisses und berichtet darüber im Jugendhilfeausschuss.

Dies wird bereits umgesetzt und fortlaufend weiterentwickelt. Auf verschiedenen Webseiten, wie zum Beispiel dem AniKa-Bündnis sind Informationen zum Karlsruher Pass / Kinderpass veröffentlicht.

Diverse Ämter und Einrichtungen insbesondere das Jobcenter beraten hinsichtlich der Möglichkeiten durch den Karlsruher Pass / Kinderpass.

Zu 5. Bei zentral versandten Bescheiden wie nach SGB II und Wohngeld wird geprüft, ob eine ergänzende Information im Bescheid über die Sozialpässe möglich ist. Bei dezentral verschickten Bescheiden wie nach SGB XII und AsylbLG werden neben der Ergänzung im Bescheid grundsätzlich Flyer zu den Sozialpässen beigelegt.

Bei den zentral versandten Bescheiden ist aufgrund der bundeseinheitlichen Vorgaben (zum Beispiel beim Wohngeld) eine ergänzende Versendung von Informationen zu den Karlsruher Pässen nicht möglich. Dezentral verschickten Bescheiden liegt der Flyer bei. Die Kunden werden bei Vorsprachen in den Ämtern auf den Karlsruher Pass und Karlsruher Kinderpass hingewiesen, und die Info-Flyer werden ausgeteilt.

Zu 6. Die Stadtverwaltung prüft in Zusammenarbeit mit der HWK Ettlingen die Ausgabe einer Printausgabe zu den Karlsruher Sozialpässen in Leichter Sprache.

Eine Printausgabe in Leichter Sprache wird erstellt.